

TEIL II(Kein 1. Teil)UNCTAD VII

Bundesrat Delamuraz (D) hat am 14. Juli 1987 vor der Plenarversammlung der siebten UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung die schweizerische Erklärung abgegeben.

D stellte seine Ausführungen unter das Zeichen des Vertrauens in die Zukunft der Wirtschaftsbeziehungen unter den verschiedenen Ländern, wobei er betonte, dass die gegenseitige Abhängigkeit gemeinsame Verantwortung bedeute und Solidarität erfordere.

Hinsichtlich der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verwies er auf die positive Tendenz zur verstärkten Konzertierung der Anstrengungen im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik der OECD-Staaten (OECD-Ministerkonferenz) und unterstrich die Bedeutung struktureller Anpassungen auf Seiten von Industrie- und Entwicklungsländern. Er erwähnte, dass die Schweiz sich diesem Restrukturierungsprozess laufend unterzieht und ihren Beitrag zu günstigen Rahmenbedingungen durch eine weitgehende Öffnung ihres Marktes und eine ausgewogene Wirtschaftspolitik (u.a.) leistet. Weitere energische Anstrengungen aller Länder in diesem Bereich seien jedoch unerlässlich, weshalb die Konferenz sich auf gemeinsame Empfehlungen zu verstärkten Struktur- anpassungen, zu einem besseren Gleichgewicht der Budget- und Finanzpolitik, zur Beseitigung von interventionistischen Verzerrungen in Währungs- und Handelspolitik (u.a.) einigen sollte.

Mit Bezug auf den Ressourcentransfer und die Verschuldungsprobleme würdigte D vorerst die grossen Anstrengungen der meisten Schuldnerländer, ihre Verpflichtungen wahrzunehmen sowie die Bereitschaft der Gläubigerländer, ihnen dabei entgegenzukommen (Konsolidierungen). Die privaten Gläubiger (Banken) forderte D auf, weiter nach neuen Lösungen zur Entschärfung der Finanzierungsprobleme der Entwicklungsländer zu suchen. Zur Realisierung des ursprünglichen Zieles des Transfers zusätzlicher Ressourcen bleibe viel zu tun, wobei in diesem Zusammenhang produktiven, privaten Investitionen eine wichtige Rolle zukomme. Wichtige Voraussetzung zur Entschärfung der Situation bilden wachstumsorientierte, wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Gegenüber den ärmsten Ländern habe die Schweiz schon lange auf ihre öffentlichen Forderungen verzichtet, und sie werde sich weiterhin aktiv an der Suche nach Lösungen für deren kommerziellen, privaten Schulden beteiligen (Anstrengungen des Club de Paris).

Im Bereich von Handel und Entwicklung gebe die in Punta del Este behandelte Absicht zur Verstärkung des offenen, multilateralen Handelssystems Anlass zu Vertrauen. Die Uruguay Runde müsse in einem glaubwürdigen Umfeld stattfinden, was voraussetze, dass alle Länder der eingegangenen Standstill-Verpflichtung nachkommen. Die Entwicklungsländer seien aufgerufen, bei



diesen Verhandlungen eine wichtigere Rolle zu spielen als je zuvor. Den ärmsten Ländern gegenüber müssten dabei alle Handelsnationen ihre Solidarität unter Beweis stellen (z.B. durch Einführung bzw. Verbesserung der Präferenzen).

Zu wenig Vertrauen sondern zu Besorgnis Anlass gebe die Lage im Rohstoffbereich, wo strukturelle Entwicklungen zu tiefgreifenden Umwälzungen geführt haben, denen mit verstärkten Anstrengungen zur Diversifizierung der Wirtschaft der Produzentländer begegnet werden muss. Notwendig ist ferner (u.a.) die Vermeidung von Marktverzerrungen (Exportsubventionen und andere Exporte), die Oeffnung der Märkte (z.B. Liberalisierung der tropischen und verarbeiteten Produkte) sowie eine verbesserte Zusammenarbeit von Produzenten und Konsumenten zur Vermeidung grösserer, kurzfristiger Preisfluktuationen. Den wirtschaftlich ärmsten Ländern, die oft von Monokulturen abhängig sind, gehört unsere besondere Aufmerksamkeit. Sie müssen in ihren Diversifizierungsanstrengungen speziell unterstützt werden. D gab in diesem Zusammenhang bekannt, dass die Schweiz im Verlaufe der nächsten drei Jahre 40 Mio Fr zu Gunsten von Diversifizierungsprogrammen der ärmsten Länder einsetzen werde, die gegenüber unserem Land die grössten Rohstoffexporterlösausfälle verzeichnen (financement compensatoire).

Abschliessend gab D nochmals seiner Hoffnung Ausdruck, dass jedes Land nach Massgabe seiner Kräfte seiner Verantwortung für ein ausgewogenes Wachstum und eine Stärkung des Entwicklungsprozesses gerecht werden möge.

\* \* \*

Bundesrat Delamuraz nahm die Gelegenheit wahr, um folgende Minister, die gleichzeitig in Genf weilten, zu einem gemeinsamen Mittagessen einzuladen: Handelsminister Ng'eno, Kenia; Handels- und Industrieminister Kalaluka, Sambia; Handelsminister Angha, Elfenbeinküste; Aussenminister Panday, Trinité und Tobago; Handelsminister Munim, Bangladesh; Bundesminister Neisser, Oesterreich; Handelsminister Vaduva, Rumänien; Handelsminister Gebre-Kidan, Aethiopien. Teil nahmen ferner UNCTAD-Generalsekretär Dadzie und der für Entwicklungsfragen zuständige Generaldirektor der UNO, Ripert, sowie schweizerischerseits Staatssekretär Blankart und die Botschafter Roethlisberger und Girard (u.a.).

\* \* \*

Die Beratungen in den vier Kommissionen (Ressourcen, Rohstoffe, Handel, LLDC) begannen mit den erwarteten, grundlegenden Differenzen über das Arbeitsprogramm. Die Industrieländer insistierten auf einer sorgfältigen wirtschaftlichen Lagebeurteilung (global und mit Bezug auf die vier Teilbereiche) als Basis für Gespräche über konkrete Empfehlungen, während die Entwicklungsländer (Gruppe 77) unverzüglich mit Verhandlungen über die in ihrer "Erklärung von Havanna" wiedergegebenen Forderungen beginnen wollten. Ein Kompromiss, der ein synchrones Vorgehen offen lässt, erlaubte dann eine relativ rasche Aufnahme der Gespräche über deren Ausgang eine Prognose allerdings verfrüht wäre.

\* \* \*

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN  
Presse- und Informationsdienst

Bern, den

20.7.87

Interne Verteilerliste

Betrifft: **Wochentelex 30/87** **vertraulich**

Departementsvorsteher		CFA
Sekretäre Chef EDA	Hr. De Watteville	WA
	Hr. Erard	ER
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Brunner	BRE
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Tissières	TE
	Hr. Schaller	SRU
Protokoll	Botschafter Manz	MA
	Hr. Barbey	BAC
Politisches Sekretariat	Botschafter Ramseyer	RY
	Hr. Speck	SPE
Politischer Dokumentationsdienst, Kanzlei pol. Sekretariat		W 338
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Faivet	
Pol. Abteilung I	Botschafter Pianca	PIA
	Hr. Wyss	WS
	Hr. De DardeI	DJ
Europarat	Hr. Faessler	FCH
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg	RUE
	Hr. Blickenstorfer	BLI
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Robert	RO
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
	Hr. Flückiger	FK
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Muheim	MF
	Minister Staehelin	SIN
	Minister Streuli	STJ
Sektion Vereinte Nationen und intern. Organisationen	Hr. Hofer	HER

Sektion intern. wissenschaftliche Angelegenheiten	Hr. Creola	CRE
Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Imm	IE
Sektion f. kulturelle und UNESCO- Angelegenheiten	Hr. Luciri	LC
Sekretariat der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Stettler Minister Godet	KT STR GT
Sektion Völkerrecht	Hr. Imhof	IH
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
Generalsekretariat	Botschafter Wermuth " Freymond	WER FRE
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Ruf	RG
Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals	Hr. von Graffenried	GRD
Personalsektion	Hr. Kaiser/Hr. Reich	KA/RE
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Trinkler Hr. Castelli	TK CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Bill	
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Högger	GI HL
Informationsdienst	Hr. Leuzinger	LP
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion Intern. Hilfswerke	Hr. von Muralt	MD
Integrationsbüro EDA/EVD	Minister Kellenberger	Ke

20.7.87

Informations- und Pressedienst

21. Juli 87 10

V E R S A N D L I S T E

*17. 22. 14. 7. 3.*

Betrifft:

Hochentelex 30/87

vertraulich

DIPLOMATISCHE VERTRETUNGEN

Abidjan		New York / UNO
Abu Dhabi	Dublin	Oslo
Addis Abeba	Guatemala	Ottawa
Akkra		Panama
Algier	Harare	Panmunjom
Amman	Havanna	Paris
Ankara	Helsinki	Paris / OECD
Asuncion	Islamabad	Paris / UNESCO
Athen	Jakarta	Prag
Bagdad	Kairo	Pretoria
Bangkok	Khartoum	Quito
Beijing		Rabat
Beirut	Kinshasa	Riad
Belgrad	Kopenhagen	Rom
Berlin DDR	Kuala Lumpur	San José
Bogota	Kuwait	Santiago de Chile
Bonn	Lagos	Singapur
Brasilia	La Paz	Sofia
Brüssel	Lima	Stockholm
Brüssel / Mission	Lissabon	Strassburg / Europarat
Budapest	London	Söul
Buenos Aires	Luanda	Tananarive
Bukarest	Luxembourg	Teheran + Fremde Inter.
Canberra	Madrid	Tel-Aviv
Caracas	Manila	Tokio
Colombo	Maputo	Tripolis
Conakry	Mexico	Tunis
Dakar	Monrovia	Warschau
Damaskus	Montevideo	Washington
Dar es Salaam	Moskau	Wellington
Den Haag	Nairobi	Wien
Dhaka	New Delhi	Yaoundé

GENERALKONSULATE:

Hong Kong  
Mailand  
München  
New York  
Frankfurt

Genf / IO  
95 Vertretungen  
+ 5 Generalkonsulate  
-----  
100 total  
=====

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
 AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN  
 Presse- und Informationsdienst  
 i.A.22.14.7.3. - HK/IA

Bern, den

20.7.87

T E L E G R A M M (CH)

**WOCHENTELEX 30/87**

a) an die diplomatischen Vertretungen in:

- Accra	- Helsinki	- Pretoria
- Addis Abeba	- Islamabad	- Rabat
- Algier	- Guatemala	- Riad
- Amman	- Jakarta	- Rom
- Ankara	- Kairo	- Santiago
- Athènes	- Kinshasa	- Seoul
- Bagdad	- Lagos	- Stockholm
- Bangkok	- Lima	- Teheran
- Beirut	- Lissabon	- Tel-Aviv
- Bonn	- London	- Tokio
- Brasilia	- Luxemburg	- Washington
- Brüssel	- Madrid	- Wien
(Botschaft und Mission)-	Madrid	
- Budapest	- Mexiko	
- Buenos Aires	- Moskau	
- Bukarest	- Nairobi	
- Canberra	- New Delhi	
- Caracas	- New York/Obs.	
- Colombo	- Ottawa	
- Dar es Salaam	- Oslo	
- Den Haag	- Paris (auch OECD)	
- Dublin	- Peking	
- Havanna	- Prag	

b) mit Kurier an alle übrigen diplomatischen Vertretungen sowie an die Generalkonsulate Hong Kong, New York, Mailand, München und auch an die Delegation in Panmunjom.

c) an die Direktionen, Abteilungen und dienste der Zentralen zur Info.

d) an das Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) und das Integrationsbüro des EDA/EVD